



## Der Finanzplatz Schweiz im Visier

*Sowohl die EU (mit der OECD als Hebelarm) als auch die USA setzen die Schweiz massiv unter Druck: Sie wollen uns den automatischen Informationsaustausch zu sämtlichen Vermögensanlagen in unserem Land aufzwingen. Das wäre das Ende des Bankkundengeheimnisses.*

*Die Vorgeschichte ist bekannt: Die USA fordern von der Schweiz apodiktisch die Herausgabe aller Vermögensdaten von 4'550 amerikanischen Geldanlegern bei der UBS. Wie die USA auf die Zahl 4'550 kommen, ist bisher nicht untersucht worden. Ob die USA diese 4'550 Kunden einer Schweizer Bank auf legale oder illegale Weise identifiziert haben, bleibt offen.*

### **Bundesverwaltungsgericht stoppt Auslieferung**

*Das Bundesverwaltungsgericht hat diese Daten-Herausgabe, welche der Bundesrat den USA vertraglich zugesichert hat, für illegal erklärt. Deshalb verlangt der Bundesrat vom Parlament im **Eilverfahren eine Gesetzesänderung** – weil die USA das so wollen.*

*Die USA wollen aber noch mehr: Sie verlangen ohne Wenn und Aber die **rückwirkende Inkraftsetzung** des neuen Gesetzes; die in ihrem Visier stehenden 4'550 Bankkunden sollen von der Schweiz **nachträglich kriminalisiert** werden.*

*Solche Rechtsstaats-Verletzung empört viele Schweizer Parlamentarier. Was bewirkt hat, dass sie stark unter Druck gesetzt werden – von der Bundesverwaltung, von Economiesuisse, von UBS-Exponenten und besonders massiv von*

*der amerikanischen Handelskammer.*

### **Verdrängungskampf**

*Klar dabei ist: Ein Finanzplatz, der Kunden rückwirkend kriminalisiert, unterminiert seine Glaubwürdigkeit – tragende Säule eines jeden Finanzplatzes. Da findet ein erbitterter **Verdrängungskampf** statt.*

*Wie das politische Kräfteressen ausgeht, ist noch offen. Sichtbar ist, dass der Bundesrat – obwohl er vom Bundesverwaltungsgericht illegalen Vorgehens bezichtigt worden ist – nach einem Weg zur vorzeitigen Inkraftsetzung des USA-Vertrages zwecks **sofortiger Datenauslieferung** sucht – noch bevor das Parlament eine Rechtsgrundlage dafür genehmigt hat. Der Rechtsstaat Schweiz wird immer skrupelloser durchlöchert.*

*Wer den Rechtsstaat Schweiz und unseren Finanzplatz intakt halten will, muss den **Franken als Währung noch solider abstützen**. Deshalb sind alle noch im Ausland lagernden Schweizer Goldreserven schleunigst zurückzuholen. Und die **Gold-Absicherung des Schweizer Frankens** muss Schritt für Schritt verstärkt werden – in Zeiten drohender Staatsbankrotte, der Inflation und der Währungsturbulenzen erst recht.*

*Ulrich Schlüer*